

**Antrag 89/I/2021****FA I - Internationale Politik, Frieden und Entwicklung****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Solidarität mit Belarus jetzt!**

1 **Demokratischen Wandel unterstützen – Druck auf Macht-**  
 2 **haber erhöhen – Zivilgesellschaftlichen Austausch stär-**  
 3 **ken**

4 Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundes-  
 5 regierung, der Landesregierung sowie die SPD-  
 6 Bundestagsfraktion werden dazu aufgefordert, ihre  
 7 Solidarität und ihren Beistand mit der Demokratiebe-  
 8 wegung in Belarus zu erklären und nach Monaten nicht  
 9 enden wollender Unterdrückung und Repression mit den  
 10 folgenden kurz-, mittel und langfristigen Maßnahmen  
 11 den demokratischen Wandel in Belarus zu unterstützen,  
 12 den Druck auf den Machthaber in Minsk zu erhöhen  
 13 und die Zivilgesellschaft durch Austausch zwischen  
 14 Deutschland und Belarus zu stärken.

15  
 16 Seit den Präsidentschaftswahlen am 9. August 2020 ist die  
 17 Gewalt gegenüber friedlichen Demonstrierenden eska-  
 18 liert. Eine Verbesserung der Lage ist nicht in Sicht. Die be-  
 19 larussische Demokratiebewegung braucht deshalb mehr  
 20 denn je unsere Solidarität.

21  
 22 Wir fordern deshalb die sozialdemokratischen Mitglieder  
 23 der Bundesregierung, der Landesregierung sowie die SPD-  
 24 Bundestagsfraktion konkret dazu auf:

- 25 1. Die Freilassung aller politischen Gefangen, ein so-  
 26 fortiges Ende der Gewalt sowie faire und freie Neu-  
 27 wahlen zu fordern
- 28 2. Die Dokumentation und Strafverfolgung von Men-  
 29 schenrechtsverletzungen sicherzustellen
- 30 3. Eine ernstzunehmende Verfassungsreform unter  
 31 Beteiligung aller politischen Akteure, insbesondere  
 32 der Demokratiebewegung, zu fordern und an Russ-  
 33 land zu appellieren, einen inklusiven politischen  
 34 Prozess zuzulassen
- 35 4. Sich einzusetzen für personenbezogene Sanktionen  
 36 gegen Verantwortliche auch aus den mittleren und  
 37 unteren Führungsebenen des Justiz- und Sicher-  
 38 heitsapparat sowie gegen weitere Unternehmen im  
 39 Besitz von regimetreuen Oligarchen
- 40 5. Humanitäre Visa, Visaerleichterungen und mittel-  
 41 fristig eine Visaliberalisierung, insbesondere für Ak-  
 42 tivist\*innen, die vor Repressalien fliehen, durchzu-  
 43 setzen
- 44 6. Eng zu kooperieren mit Oppositionsstrukturen (z.B.  
 45 Koordinierungsrat)
- 46 7. Austauschprogramme, Beratung und Unterstüt-  
 47 zung für Gewerkschafter\*innen, Streikkomitees und

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)**

- 48 streikende Arbeiter\*innen aufzusetzen, zum Bei-  
49 spiel in Form von Partnerschaften und Zuschüssen  
50 für belarussische Streikfonds
- 51 8. Die Einrichtung eines "Belarusischen Hauses" in  
52 Berlin zu initiieren zur Förderung zivilgesellschaft-  
53 licher Strukturen im Exil sowie zur Stärkung des  
54 deutsch-belarussischen kulturellen Austausches
- 55 9. Stipendien- und Förderprogramme für verfolgte  
56 Menschenrechtsaktivist\*innen und Vertreter\*innen  
57 von NROs zu unterstützen, insbesondere für Frauen.

58  
59

#### 60 **Begründung**

61 Die Forderung nach Freiheit, körperlicher Unversehrt-  
62 heit und Selbstbestimmung ist ein Grundrecht der  
63 belarussischen Bürger\*innen, garantiert durch die  
64 Schlussakte von Helsinki, die Charta von Paris, die UN-  
65 Menschenrechtskonvention und die darauf aufbauenden  
66 völkerrechtlichen Verträge. Seit den Präsidentschafts-  
67 wahlen am 9. August 2020 – die weder fair noch frei  
68 durchgeführt worden sind – ist die friedliche Demokra-  
69 tiebewegung brutaler Repression und systematischen  
70 Menschenrechtsverletzungen durch Sicherheitskräf-  
71 te ausgesetzt.[1] Über 25.000 Protestierende wurden  
72 inhaftiert und müssen Folter, Erniedrigungen sowie  
73 Ansteckungsgefahr durch COVID-19 in den überfüllten  
74 Gefängnissen ertragen. Währenddessen wurden Füh-  
75 rungsfiguren der Protestbewegung zur Flucht ins Ausland  
76 gezwungen oder inhaftiert. Freie Gewerkschaften und  
77 streikende Arbeiter\*innen werden mit Kündigungen  
78 und Verhaftungen unter Druck gesetzt. Trotzdem setzen  
79 weiterhin belarussische Bürger\*innen die Demonstra-  
80 tionen zu Tausenden friedlich fort. Dabei haben vor  
81 allem belarussische Frauen großen Mut bewiesen und die  
82 Proteste getragen. Diese Zustände in der unmittelbaren  
83 Nachbarschaft der EU – in einem Mitgliedsland der OSZE  
84 sowie der Östlichen Partnerschaft – sind inakzeptabel.

85

86 Auch wenn Lukaschenka weder in der eigenen Bevölke-  
87 rung noch international Legitimität genießt, hält er sich  
88 durch Repressionen und einen noch immer überwiegend  
89 loyalen Sicherheitsapparat weiterhin an der Macht nach  
90 26 Jahren. Seit Monaten ist keine Verbesserung, sondern  
91 eine Verschlimmerung der Lage in Belarus festzustellen.  
92 Daher müssen jetzt Wege gefunden werden aus der politi-  
93 schen Blockade heraus und in Richtung politischer Verän-  
94 derung: Demokratischen Wandel unterstützen, Druck auf  
95 Machthaber erhöhen, Zivilgesellschaft durch Austausch  
96 und gezielte Unterstützung stärken.

97

98 Die Freilassung aller politischen Gefangen, aller anderen  
99 zu Unrecht Inhaftierten, ein sofortiges Ende der Gewalt  
100 sowie faire und freie Neuwahlen sind die wichtigsten

101 Schritte in Richtung eines politischen Prozesses in Bela-  
102 rus. Zur Aufarbeitung schwerwiegender Straftaten ist dar-  
103 über hinaus die Einrichtung eines Untersuchungsmecha-  
104 nismus nötig, der Menschenrechtsverletzungen gerichts-  
105 fest dokumentiert (durch eine unabhängige Menschen-  
106 rechtsorganisation) und eine spätere Strafverfolgung er-  
107 möglicht, um die Verantwortlichen für ihre Handlungen  
108 zur Rechenschaft zu ziehen.

109

110 Die Bundesregierung und ihre sozialdemokratischen Mit-  
111 glieder sollten sich gemeinsam mit ihren europäischen  
112 Partnern, insbesondere den baltischen Staaten, Polen und  
113 Frankreich, für eine ernstzunehmende Verfassungsreform  
114 und Gewaltenteilung im Land einsetzen unter Beteiligung  
115 aller politischen Akteure, insbesondere der Demokratie-  
116 bewegung, und eine EU/OSZE-Vermittlungsmission wei-  
117 terhin anbieten. Ein inszenierter Dialog, etwa durch die  
118 für Februar anberaumte "allbelarusische Volksversamm-  
119 lung" darf kein Ersatz für einen ernsthaften und tat-  
120 sächlich inklusiven Dialog auf Augenhöhe sein. Besonders  
121 wichtig sind deshalb auch transparente Registrierungs-  
122 möglichkeiten für Parteien und Gewerkschaften. Russland  
123 kommt dabei eine Schlüsselrolle zu als wichtigster Ver-  
124 bündeter Belarus'. Moskau sollte das Selbstbestimmungs-  
125 recht der Belarusen akzeptieren und einen inklusiven poli-  
126 tischen Prozess zulassen, auch aus eigenem Interesse: An-  
127 sonsten läuft Russland Gefahr, die bisher positiv einge-  
128 stellte belarusische Bevölkerung zu entfremden, wie die  
129 bereits jetzt sinkende Zustimmung deutlich macht. Dies  
130 wäre erst Recht der Fall bei einer verdeckten oder offe-  
131 nen Einflussnahme Russlands oder der Integration Bela-  
132 rus' in russische staatliche Strukturen. Beides könnte von  
133 Deutschland und der EU nicht akzeptiert werden. Statt-  
134 dessen bietet sich Potential zur Zusammenarbeit inner-  
135 halb der OSZE mit Blick auf Belarus, um eine erneute geo-  
136 politische Konfrontation zu vermeiden: Denn bei den Pro-  
137 testen in Belarus geht es nicht um die Zugehörigkeit zum  
138 Westen oder zu Russland, sondern alleinig um die Freiheit  
139 und das Selbstbestimmungsrecht der Belarussinern und  
140 Belarusen.

141

142 Angesichts der anhaltenden und eskalierenden Gewalt  
143 sollten die bisherigen von der EU verhängten Sanktions-  
144 pakete gegen die Führungselite erweitert werden um  
145 Sanktionen gegen Verantwortliche aus den mittleren und  
146 unteren Führungsebenen des Justiz- und Sicherheitsap-  
147 parats, ebenso auf weitere Unternehmen im Besitz von re-  
148 gimetreuen Oligarchen, die Machthaber Lukaschenka un-  
149 terstützen. Auch sektorale Sanktionen sowie Sanktionen  
150 gegen Staatsunternehmen können in Betracht gezogen  
151 werden, müssen jedoch sorgfältig abgewogen werden, da  
152 sie zu größerer Abhängigkeit von Russland führen und die  
153 Bevölkerung treffen können.[2] Deutsche und internatio-

154 nale Unternehmen müssen dazu aufgefordert werden die  
155 Zusammenarbeit mit belarusischen Unternehmen, die für  
156 Repressalien verantwortlich sind, zu überprüfen.

157

158 Die Bundesregierung muss sich schließlich für humani-  
159 täre Visa, weitere Visaerleichterungen, insbesondere für  
160 AktivistInnen, die vor Repressalien fliehen, und mittelfris-  
161 tig eine Schengen-Visaliberalisierung einsetzen. Darüber  
162 hinaus benötigen die im Exil Lebenden Unterstützung bei  
163 Sprachkursen, Arbeitsmöglichkeiten und Unterkunft. Die  
164 Glaubwürdigkeit der deutschen und europäischen politi-  
165 schen Unterstützung stützt sich außerdem auf eine enge  
166 Kooperation mit Oppositionsstrukturen (z.B. dem Koordi-  
167 nierungsrat und der Anti-Krisen-Administration).

168 Auf Anstoß der Bundestagsresolution *“Belarus – Politische*  
169 *Gefangene freilassen, freie und faire Neuwahlen ermögli-*  
170 *chen, Zivilgesellschaft stärken und Verfassungsreform in-*  
171 *itiieren”* ist es außerdem sinnvoll, neue Initiativen zur di-  
172 rekten und sofortigen Unterstützung der streikende Ar-  
173 beiter\*innen in Belarus aufzusetzen, in Form von Part-  
174 nerschaften und Austauschprogrammen zwischen deut-  
175 schen und freien belarusischen Gewerkschaften, enge Be-  
176 ratung mit Streikkomitees und Zuschüsse für Streikfonds  
177 oder die Gründung eines eigenen Fonds.

178

179 In Berlin besteht die Notwendigkeit, angemessene Räum-  
180 lichkeiten für bestehende belarusische zivilgesellschaft-  
181 liche Organisationen und Strukturen im Exil zur Verfü-  
182 gung zu stellen. Das soll in der Einrichtung eines “Belarusi-  
183 schen Hauses” münden, eine kulturelle und gesellschaft-  
184 liche Institution mit doppelter Zielsetzung: Räumlichkei-  
185 ten für zivilgesellschaftliche Nichtregierungsorganisatio-  
186 nen (NROs) zu schaffen und die Stärkung des deutsch-  
187 belarusischen kulturellen Austausches sowie die Wahr-  
188 nehmung belarusischer Kultur in Deutschland.

189

190 Zur Bildung eines langfristigen zivilgesellschaftlichen  
191 Austausches gehören auch Stipendien- und Förderpro-  
192 gramme für verfolgte MenschenrechtsaktivistInnen und  
193 VertreterInnen von NROs, insbesondere für Frauen, die ei-  
194 nen großen Beitrag für die Demokratiebewegung in Be-  
195 larus leisten. Das gleiche gilt für Studierende und aka-  
196 demisches Personal, wie zum Teil schon im Nachgang  
197 zur Bundestagsresolution umgesetzt, sowie für medizini-  
198 sches Personal, unabhängige Medienschaffende und Un-  
199 ternehmer (insbesondere aus der IT-Branche). Hierfür soll-  
200 te die finanzielle Unterstützung ausgeweitet werden.

201